

KEINE 15 DM!

und was sonst?

Wir haben in den Flugblättern der vergangenen Wochen die Ursachen für die "notwendige" Beitragserhöhung des Studentenwerks, die wir verweigern, wiederholt angerissen:

Nicht weil wir die 2 x 15 DM für irgendwelche Zwecke sparen wollen, sondern weil wir damit ein starkes Druckmittel gegen die Sozialpolitik des Landes und des Bundes haben, zahlen wir solidarisch nur 15 DM. Wir wollen damit erreichen, daß diese Politik aus ihrem Dunstschleier gerissen wird. Aus dem Dunst von "rationaler", also finanzieller Begründung ihrer Beschränktheit, mit dem, wenn's schon überhaupt Diskussionen gibt, jedermann vermeintlich klar gemacht wird, daß das möglichste doch getan sei. Diese Beschränktheit, für deren Begründung mehr getan wird als für ihre Überwindung, hat nämlich (ungewollt?) System. Wir müssen die ungoziale Funktion der nur so genannten Sozialpolitik innerhalb des Wirtschaftssystems in dem und für das sie gemacht wird erkennen.

Die Sozialpolitik steuert in erheblichem Maße die allgemeinen Lebensbedingungen unserer Gesellschaft. Unserer?

Diese Gesellschaft, deren oberster Existenzgrundsatz der Profit der Industrie, des Kapitals, ist, bringt eine "Sozial"-Politik hervor, die um dieses Kalb tanzen muß. Sie soll verschleiern, daß sie erst nötig wird, weil die Produktion dieser Gesellschaft nicht ihren Gliedern - in ihrer Mehrzahl also den Produzenten, Arbeitern nämlich und deren Familien - dient. Sie soll verschleiern, daß viele Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Mietwucher usw. erst durch die kapitalistische Produktionsform hervor gebracht wurden.

Und Sozialpolitik soll mehr:

Anders als ihr Anspruch glauben läßt soll sie nicht den Anteil der Individuen am gesellschaftlichen Produkt (Sozialprodukt) sichern, sondern ausgewählten Individuen das Zuckerbrot eines Überanteils, einer Privilegierung reichen. So werden diese in einer ganzen Hierarchie von Privilegien isoliert. Und weiter wird erreicht, daß sich "Sozialleistungsempfänger" aller Art um diese Privilegierung reißen müssen, wenn sie ihre gesellschaftliche Position behaupten wollen - hier liegt die Funktion der Beschränktheit der Sozialpolitik.

Und schließlich muß man sehen, daß Sozialpolitik mehr ist, als das, was sich so nennt. Sie ist die Gesamtheit der Einflüsse - ob planmäßig oder systematisch planlos, ob z. B. sozialer Wohnungsbau oder "freier" Wohnungsmarkt - die Gesamtheit der Einflüsse auf die Lebenssituation der Menschen außerhalb ihres Arbeitsplatzes.

Was heißt das konkret für uns Studenten?

Der soziale numerus clausus privilegiert Studenten (tatsächlich Wohnungsfindende und Ausbildungsgeförderte) durch eine soziale Auswahl vor dem Studium. Hohe Mieten und sonstige Lebenshaltungskosten können eben vom Arbeitseinkommen des Vaters oder der Mutter nicht nur dann nicht getragen werden, wenn die formale Berechtigung für (ja ebenfalls unzureichende) Ausbildungsförderung vorliegt - das Studium unterbleibt dann "freiwillig" ohne formalen numerus clausus.

Bei denen, die doch studieren, steht dem Köder der Sozialleistungen die Drohung des Nicht-Studieren-Könnens gegenüber. Die Privilegierung wird zum Druckmittel.

Die soziale Drohung in Form der sozialen Lage Unterprivilegierter bewirkt bei den Studenten eine Leistungsanpassung. So soll Sozialpolitik im Ausbildungsbereich dessen Funktionieren im Sinne der Herrschenden stabilisieren. Das soziale Privileg der Ausbildung soll ihre Funktion für das Kapital unerkannt lassen, indem sie in dem gesteckten Rahmen effektiv konsumiert wird.

Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Anpassung und Isolation durch Privilegierung in der Ausbildung (nur) eine Vorbereitung und eine Folge der analogen Vorgehensweise im Betrieb, an der Arbeitsstelle ist. Sie kann hier wie dort allein durch solidarische Aktionen bekämpft werden.

Diese grobe Kritik der Sozialpolitik muß von uns weitergetrieben und konkretisiert werden.

Die Sozialpolitik als Mittel der Disziplinierung und Befriedung von Widersprüchen zu verstehen, die durch die Produktionsform dieser Gesellschaft erst verursacht wurden, in den Einzelheiten wie z. B. Sozialbeiträgen und der Wohnungslage dieses Prinzip wiederzuerkennen, ist die Arbeit der Projektgruppe Soziales. Aktionen wie die 15 DM-Verweigerung soll diese Arbeit einleiten.

KEINE 2 x 15 DM ZUVIEL!

GEGEN DEN SOZIALBLUFF!

13.10.71

Projektgruppe Soziales

Basisgruppen

---

KOMMT AM DONNERSTAG, 14.10.71, UM 14 UHR IN DEN SAAL 100 (alter Senatssaal im Hauptgebäude).

Wir werden über die Wohnungssituation diskutieren und untersuchen, welche konkreten Lösungsmöglichkeiten sich für Wohnungssuchende ergeben können.

---